

Dr. Burkhard Pohl
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Haushaltsrede 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

Grünes Ziel ist es, mit Ressourcen sparsam umzugehen und gleichzeitig für die Zukunft sozial und ökologisch zu investieren.

Einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben ist deshalb richtig, aber nicht auf Teufel komm raus und egal wie.

Für 2015 gilt in Lemgo sowieso: die „Schwarze Null“ ist nicht erreichbar.

Der Kämmerer hat gesagt, das liege nicht an unserem Sparkonzept.
Er hat hinzugefügt, es seien die Rahmenbedingungen: die Schlüsselzuweisungen, die Umlagen, die Auflagen durch Land und Bund.

Ja, meine Damen und Herren,
die „Schwarze Null“ im Bund hängt uns vor Ort als Klotz am Bein. Die Schwarze Null ist eine Mogelpackung, denn die Ausgaben werden der Sozialversicherung aufgebürdet. Der Bund saniert sich auf Kosten unserer Stadt. So wurde z.B. die Entlastung bei der Eingliederungshilfe für Behinderte auf 2018 verschoben, nach den nächsten Wahlen. Das ist ein Skandal!

Umgekehrt sehen wir:

Wenn sich die Rahmenbedingungen positiv ändern, sieht es auch im Haushalt besser aus. Für 2016 stehen wir nur bei einer knappen Million Minus, 2018 laut Prognose noch ein bisschen besser.

Das ist erfreulich.

Aber: Mit dem Sparkonzept hat das offenbar wenig zu tun.

Es liegt an den Zuwendungen von außen und den Steuereinnahmen – dort stehen wir 2016 fünf Millionen besser da.

Solange die Millionenumlagen an Kreis, Land und Bund unsere Haushaltslage bestimmen, können wir hier noch so viel sparen – es ist nicht entscheidend.

Trotzdem will die Mehrheit des Rates unbedingt eine Turbo-Sparrunde. Sie wollen schon bis Ostern neue Sparbeschlüsse durchsetzen. Diese Hektik ist völlig unverständlich und sogar schädlich.

Haushaltsplanung mit Augenmaß und Partizipation

Meine Damen und Herren,

wir Grünen wollen nicht in nur drei Monaten ein Sparpaket beschließen müssen – ohne gründliche Diskussion und Prüfung von Vorschlägen, ohne Partizipation und offene Information, und vor allem unnötigerweise. Denn warum der Zeitdruck?

Der Haushalt 2015 ist beschlossen und selbst der Kämmerer hatte 12 Monate Beratungszeit vorgesehen.

Wir Grünen lehnen ein solches Turbo-Sparpaket ab, mit dem wir uns auch noch bis zum Jahr bis 2020 festlegen. Die Erfahrung lehrt: Mit schlecht durchdachten Entscheidungen fesseln wir uns selber und machen uns handlungsunfähig. Mit anderen Worten: Politik dankt ab.

Nein, weitere Sparmaßnahmen benötigen Zeit und Augenmaß. Und sie dürfen nicht an den Menschen vorbei getroffen werden.

Wenn wir bis 2020 und weiter schauen wollen, dann braucht es mehr Wissen über die Bedürfnisse und Wünsche in unserer Stadt.

Das darf man nicht alles nur hinter verschlossenen Türen aushandeln. Dabei müssen wir auch frühzeitig an die Öffentlichkeit gehen, und zwar mit konkreten Maßnahmen. Wenn die Politik Standards kürzen und Leistungen definieren will, dann darf das nicht nur Verhandlungsmasse in einem Gesamtpaket sein. Dann muss so etwas auch öffentlich diskutiert werden.

Beispiel Sporthallen: Lemgo ist eine Stadt des Sports. Die hohe Zahl an Aktiven ist ein wichtiges Gut. Denen können wir nicht einfach sagen – sorry, die Stadt hat keinen Platz mehr für Euch.

Ja, Bürgerbeteiligung kann funktionieren, das sehen wir aktuell beim Leader-Projekt. Wir freuen uns über die Beteiligungen bei dem Erhalt der Spielplätze, der Gestaltung von Schulhöfen und auch bei der wichtigen sozialen Arbeit, die wir einmal im Jahr mit dem Sternheim-Preis ehren.

Alle beteiligen: Das heißt auch – rechtzeitig mitreden lassen, rechtzeitig informieren. Wir haben so viel Kompetenz. Lassen wir die nicht außen vor! Sparziele sind zu diskutieren, aber nicht holterdiepolter!

Ziele für die Zukunft – Ideen sind gefragt!

Meine Damen und Herren,

wir haben in Lemgo nicht nur ein einziges strategisches Ziel – sondern insgesamt sechs! Bildung und Kultur, Ehrenamt, Klimaschutz, historische Innenstadt und Wirtschaftsförderung sowie der ausgeglichene Haushalt.

Wir Grünen plädieren dafür, nicht nur den ausgeglichenen Haushalt zu betonen, sondern all die anderen Ziele mit zu bedenken!

Und wir fragen uns, wo bleiben dazu die Ideen der CDU? Sie machen nur einen einzigen Antrag: Es soll gespart werden. Ist das nicht sehr dürftig für eine regierende Mehrheitsfraktion?

Da gibt es wichtige Projekte. Im zweiten Teil meiner Rede will ich auf einige wichtige Ziele eingehen.

Bildung

Meine Damen und Herren: Lassen wir unsere Schulen nicht alleine!

Wir stehen bei Eltern, Lehrer*innen und Schüler*innen im Wort: Es muss uns um mehr Qualität gehen: Inklusion bewältigen, Ganzttag sowieso, eine angemessene Ausstattung, viele Kinder mit sozialen und gesundheitlichen Problemen zu betreuen.

Wir Grünen hatten zwei Anträge zur Qualitätsverbesserung gestellt, beide wurden abgelehnt.

Zur Qualität gehört auch Schulsozialarbeit. Vor einem Jahr hielt der Rat dies für völlig unnötig.

Jetzt haben wir immerhin einen Prüfauftrag für eine Stelle. Wir Grünen hätten uns ein klares Ja gewünscht und zwei Stellen, aber immerhin.

Man kann es nicht oft genug betonen: 1,5 Stellen kosten ca. 40.000€. Das ist gut angelegtes Geld. Die Hilfen für Jugendliche sind auf über 2 Mio € gestiegen. Wer präventive Maßnahmen ablehnt, handelt kurzsichtig. Sozial wie ökonomisch.

Ein Hoffnungsschimmer besteht beim Runden Tisch Inklusion. Er hat jetzt einmal getagt. Das war ein Anfang, weitere Schritte müssen folgen. Es ist gut, dass wir mit diesem Haushalt Mittel für den Runden Tisch bereitstellen.

Energiewende

Unser gemeinsames Ziel ist die Unabhängigkeit von fossilen Energien und mehr Gewinn aus einheimischer Investition. Das verwirklichen wir erneuerbar durch die Energiewende vor Ort.

Wir wollen weiter hohe Effizienzstandards. Die sollten wir auch beim Ausbau neuer Wohngebiete fordern, wie z.B. am Lüttfeld.

Bei der Windkraft freue ich mich, dass sich alle Parteien weitgehend einig wurden, dass wir diese Energieform ausbauen wollen.

Die Verwaltung befasst sich frühzeitig und umfassend mit den Einwendungen von Anwohnern. Ja es gab viele Befürchtungen, den meisten Ängsten konnte abgeholfen werden, manche Fläche ist nicht mehr vorgesehen.

Dass es aber überhaupt zu solchen Protesten kam, das liegt auch am verantwortungslosen Verhalten mancher Politiker hier. Da wird auf Plakaten vor Windrädern gewarnt, die auf dem Kirchhof St. Nicolai stehen; da wird gegen unsere Stadtwerke polemisiert, wohl wissend, dass uns nichts Besseres passieren kann, als wenn mögliche Windräder unter Beteiligung lokaler Unternehmen und der Bürgerschaft entstehen. Da erklärt der Bürgermeister bei jeder Sitzung, dass er ja eigentlich auch gegen Windräder sei.

Umso besser, dass diese Vorwahl-Polemik nun vergessen ist. Wir begeben uns nun gemeinsam auf den Weg zum Ausbau der Windkraft: verantwortungsvoll für den Klimaschutz, für lokal erzeugte Energie vor Ort, für Wertschöpfung und Wirtschaftsförderung.

Und es ist gut, wenn diese Anlagen mit dem Geld Lemgoer Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger errichtet werden. Deshalb wollen wir, dass eine Bürgerbeteiligung bei vielen Anlagen ermöglicht wird.

Dafür sollten wir offensiv werben.

Flüchtlinge

Es gibt aber auch Probleme weit existenziellerer Art:

Flüchtlinge kommen zu Zehntausenden nach Europa, nach Schweden, in die Niederlande, auch nach Deutschland. Jetzt sind wir alle gefordert, den notleidenden Menschen zu helfen, als Stadt und als Privatleute.

Wir Grünen freuen uns deshalb, dass unser gemeinsamer Antrag auf ein nachhaltiges Flüchtlingskonzept Zustimmung fand. Wir dürfen nicht mehr den Fehler machen, dass wir nur gerade den Bedarf versorgen und danach wieder alles zurückschrauben. Es geht um dauerhafte Integration.

Wir Grünen begrüßen die Strategie der Verwaltung, für dezentrale Unterbringung zu sorgen. Leider wurden in den letzten Jahren viele Häuser geschlossen oder verkauft, die die Stadt jetzt gebrauchen könnte. Zum Glück haben wir in Lemgo noch einige Wohnungen vorgehalten, auch in Zeiten niedriger Flüchtlingszahlen. Wichtig wären aber mehr Wohnungen in der Kernstadt. Die bisherigen Unterkünfte liegen an der Peripherie, dort mangelt es z.B. an Transport- und Einkaufsmöglichkeiten.

Gehen wir nicht den Brandstiftern und Fanatikern auf den Leim. Rechte Hetze gegen Einwanderer unter dem Deckmantel einer Bürgerbewegung lehnen wir ab – genauso wie die Verachtung elementarer Menschenrechte unter dem Deckmantel eines angeblichen göttlichen Willens.

Fairer und unfaire Handel

Was noch wichtig ist: Wir müssen das Leben in den Herkunftsländern verbessern helfen. Und das geht auch hier vor Ort! Ich freue mich, dass Rat und Verwaltung die Initiative „Stadt des fairen Handels“ unterstützen. Gerechtere Handelsbeziehungen sind ein Baustein, um Menschen weltweit ein Auskommen zu sichern.

Wer sich informiert, weiß auch, dass die Ausbeutung der Arbeitskraft und Zerstörung der Umwelt in den Ländern des Südens zu Gunsten maximaler Profite ein Fakt ist.

Auch deshalb, meine Damen und Herren, sehen wir das internationale Freihandelsabkommen **TTIP** mit Sorge. Schon letztes Jahr haben wir uns im Rat einmütig gegen die Privatisierung der städtischen Wasserversorgung ausgesprochen. Auch beim Fracking zeigt der Lemgoer Rat sich sensibel für Gefahren an der Substanz.

Lassen Sie uns deshalb auch klar sagen: Wir wollen nicht unsere Daseinsvorsorge gefährden, wenn demnächst internationale Unternehmen gegen die Stadt klagen können, weil wir uns an deutsches Recht halten.

Bislang ist keine Rede davon, dass die Schiedsgerichte aus dem Abkommen TTIP herauskommen. Dieser angebliche Freihandel schafft Freiheiten für wenige Unternehmen, aber Schaden für die Allgemeinheit.

Ich komme zum Schluss:

Meine Damen und Herren,
die Hoffnungen auf einen ausgeglichenen Haushalt haben sich nicht erfüllt und werden sich laut Plan bis 2018 nicht erfüllen. Gründe gibt es viele.

Jetzt wäre es an der Zeit, verantwortlich, mit Zeit und Augenmaß für die Zukunft unserer Stadt zu planen. Planen, was uns in Lemgo wichtig ist und wie Lemgo in zehn Jahren aussehen soll. Wir sollten Qualität sichern und aufbauen, nicht einfach Substanz abbauen. Und wir sollten dazu mit den Menschen sprechen, die daran Interesse haben.

Stattdessen sollen wir bis Ostern im Schweinsgalopp und im Hinterzimmer beschließen.

Ein solches Oster-Kuckucksei hat Lemgo nicht verdient.

Deshalb sagt die Grüne Fraktion heute Nein zum Haushalt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.